

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

22. Oktober 2018

Afghanistan

Bewaffnete Auseinandersetzungen, Anschläge und Übergriffe

In der vergangenen Woche und insbesondere während der Parlamentswahlen am 20. und 21.10.18 gab es in zahlreichen Provinzen Kampfhandlungen wie Luft- und Drohnenangriffe, Razzien der Sicherheitskräfte sowie Überfälle und Anschläge der Aufständischen, bei denen teilweise auch Zivilisten getötet oder verletzt wurden. Berichte über sicherheitsrelevante Vorfälle lagen aus folgenden Provinzen vor: Samangan, Balkh (Norden), Kunduz, Takhar, Baghlan (Nordosten), Helmand, Kandahar, Nimroz, Zabul (Süden), Farah (Westen), Kabul, Maidan Wardak, Parwan, Logar (Zentrum), Nangarhar (Osten), Ghazni (Südosten) und Bamyan (zentrales Hochland).

Am 17.10.18 wurde in Lashkargah (Hauptstadt von Helmand, Süden) der mittlerweile zehnte Parlamentskandidat ermordet. Er starb bei einem Bombenanschlag der Taliban, bei dem mindestens vier andere Personen getötet und sieben verletzt wurden.

Am 18.10.18 wurden bei dem Angriff wohl eines Leibwächters auf ein hochrangiges Sicherheitstreffen im Gouverneurssitz von Kandahar (Süden) der Polizeichef und der Geheimdienstleiter von Kandahar erschossen. Der Gouverneur der Provinz erlitt Verletzungen. Der neue NATO-Oberbefehlshaber in Afghanistan blieb unverletzt, ein US-Brigadegeneral erlitt Schussverletzungen. Die Taliban reklamierten den Anschlag für sich. Aufgrund dieses Vorfalls wurden die Parlamentswahlen in Kandahar um eine Woche verschoben. Auch in anderen Provinzen bzw. Distrikten kam es zu Wahlverschiebungen, etwa in denen Provinzen Jawzjan und Samangan sowie in der Stadt Ghazni).

Parlamentswahlen

Während der Parlamentswahlen kam es zu einer Vielzahl von Anschlägen mit landesweit mindestens 170 Toten und Verletzten (die Angaben variieren stark). Die Taliban verübten nach eigenen Angaben landesweit 507 Angriffe, nach Regierungsangaben 192. Wegen der Sicherheitslage sowie technischen und personellen Problemen konnten zahlreiche Wahllokale nicht öffnen. Verschiedene Medien berichteten über „chaotische Verhältnisse“. Die Abstimmungsmöglichkeiten wurden daher bis zum 21.10.18 verlängert, in einigen Distrikten komplett verschoben. Mit vorläufigen Ergebnissen rechnet die Wahlkommission nicht vor Mitte November. Die Endergebnisse will sie Ende Dezember vorlegen.

Ägypten

Militär: Erfolge gegen Islamisten

Das Militär veröffentlichte am 16.10.18 eine Bilanz zu seiner Militäroperation zur Befriedung der Sinai-Halbinsel. Danach sollen seit Februar 450 Islamistische getötet worden und 30 Soldaten ums Leben gekommen sein. Auf der Halbinsel führen die ägyptischen Streitkräfte seit Februar 2018 eine Operation gegen islamistische Aufständische durch.

Ausnahmezustand verlängert

Das Parlament stimmte am 21.10.18 dafür, den landesweiten Ausnahmezustand um weitere drei Monate zu verlängern. Er wurde im April 2017 verhängt, nachdem bei Anschlägen auf mehrere Kirchen mehr als 45 Menschen ums Leben gekommen waren, und wird seither regelmäßig immer für drei Monate verlängert.

Algerien

Verbot der Vollverschleierung im Staatsdienst

Die Behörden untersagten am 18.10.18 das Tragen des islamischen Gesichtsschleiers Niqab für Angestellte im öffentlichen Sektor. Der Premierminister begründete dies mit dem Erfordernis einer Gesichtserkennung. Der Niqab ist nicht weit verbreitet. Populärer ist der Hijab, mit dem Kopf und Nacken, nicht jedoch das Gesicht, bedeckt werden.

Armenien

Regierungschef will Neuwahlen

Ministerpräsident Nikol Paschinjan ist am 16.10.18 zurückgetreten, um eine Neuwahl des Parlaments zu erzwingen. In diesem hat das Bündnis des Premiers, der am 08.05.18 im Zuge einer friedlichen Revolution (sog. Samtene Revolution) an die Regierung gekommen war, keine Mehrheit. Es wird von der Partei des früheren Präsidenten Sarkissjan dominiert. Gemäß Verfassung muss die Volksvertretung binnen zwei Wochen zweimal versuchen, einen Nachfolger zu wählen. Wenn dies nicht gelingt, wird sie aufgelöst. Um dies sicherzustellen, hat sich Paschinjan von allen Fraktionen im Parlament versprechen lassen, keinen Kandidaten aufzustellen. Andernfalls will er wieder Hunderttausende seiner Anhänger auf die Straße rufen. Die Neuwahlen sind für den 09.12. oder 10.12.18 geplant.

Bhutan

Neuer Premierminister

Lotay Tshering ist zum neuen Premierminister des Himalaya-Königreiches gewählt worden. Seine Partei Druk Nyamrup Tshogpa (DNT) gewann die dritte Parlamentswahl seit dem Übergang zur konstitutionellen Monarchie im Jahr 2008. Die DNT setzte sich bei der Stichwahl am 18.10.18 mit 30 der 47 Sitze in der Nationalversammlung gegen die von 2008 bis 2013 regierende Druk Phuensum Tshogpa (DPT) durch. Die PDP des bisherigen Premierministers Tshering Tobgay war bereits in der ersten Wahlrunde im September ausgeschieden.

Die DNT ist im Jahr 2013 gegründet worden und ist damit die jüngste der vier registrierten Parteien Bhutans. Lotay Tshering hatte im Wahlkampf die Jugendarbeitslosigkeit sowie den Abstand zwischen Arm und Reich im buddhistischen Königreich als Probleme angesprochen. Staatsoberhaupt des Landes ist der König. Er gibt der Politik noch immer die Richtung vor

Indien

Kaschmir: Erneute Proteste/Tote bei Explosion

Am 17.10.18 sind in Srinagar, Hauptstadt des nördlichsten Bundesstaats Jammu und Kaschmir, bei einer Operation von Sicherheitskräften zwei Rebellen und ein Zivilist getötet worden. Laut Behördenangaben kam auch ein Polizist ums Leben. Die mutmaßlichen Rebellen seien Mitglieder der Lashkar-e-Taiba gewesen. Es kam zu Massenprotesten. Die Regierung schloss sämtliche Bildungseinrichtungen in Srinagar und schaltete das mobile Internet ab. Zusätzlich wurden mehrere Hundertschaften von Paramilitärs zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung eingesetzt.

Am 21.10.18 starben bei einer Explosion im Distrikt Kulgam im indischen Teil Kaschmirs mindestens sechs Zivilisten und Dutzende erlitten Verletzungen. Dem Ereignis war eine Operation der Sicherheitskräfte vorausgegangen, bei der drei mutmaßliche Rebellen getötet wurden. Laut Angaben eines Polizeisprechers

wurden die Sicherheitskräfte von der einheimischen Bevölkerung von allen Seiten mit Steinen beworfen. Auch näherten sich Zivilisten trotz Warnungen dem Einsatzort, als eine Granate explodierte. Augenzeugenberichten zufolge hat die Polizei scharfe Munition und Tränengas eingesetzt, um die Demonstranten zu stoppen.

Irak

Sicherheitslage

Mindestens 23 Menschen wurden bei den jüngsten sicherheitsrelevanten Vorfällen getötet. So kamen am 21.10.18 mindestens vier irakische Polizisten bei zwei Bombenexplosionen ums Leben, die von den Kämpfern des IS in den Regionen al-Shoura und Makhmour verübt wurden.

Ebenfalls am 21.10.18 wurde eine turkmenische Familie von unbekannt bewaffneten Männern im Distrikt Hawija, rund 55 Kilometer südwestlich von Kirkuk, getötet.

Auch in Jalawla, Provinz Diyala, töteten Unbekannte eine Familie.

Die irakischen Streitkräfte setzen ihre Militäroperationen gegen den IS fort. So töteten Sicherheitskräfte am 20.10.18 vier Extremisten in ihrem Versteck in Hit, drei Extremisten in Kirkuk und zwei Extremisten in der Provinz Diyala.

Hinrichtungen

Lt. Mitteilung des Justizministeriums vom 17.10.18 sollen sechs Häftlinge hingerichtet worden sein, die wegen des Vorwurfes von Terrorismus verurteilt worden waren.

Iran

Baha'i verhaftet

Mehr als 20 Angehörige der Glaubensgemeinschaft der Baha'i wurden im August und September nach Meldungen der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) vom 16.10.18 verhaftet. Welche Vorwürfe erhoben werden, ist bisher nicht bekannt. In Iran leben über 300.000 Baha'i. Laut einem Bericht der internationalen Baha'i-Gemeinde hat sich die Diskriminierung der Religionsgemeinschaft während der Präsidentschaft Hassan Rohanis im ökonomischen und kulturellen Bereich verstärkt.

Strafandrohungen wegen Zuschauerinnen im Fußballstadion

Der Generalstaatsanwalt, Mohammad Jafar Montazeri, hat am 17.10.18 die iranische Fußballföderation scharf kritisiert, weil diese Frauen als Zuschauerinnen bei einem Fußballspiel von Männern zugelassen hatte. Die Verantwortlichen und die Zuschauerinnen sollten sich an die Vorschriften halten, sonst müssten sie mit harten Strafen rechnen.

Israel/Palästinensische Autonomiegebiete

130 Verletzte bei Gaza-Protessen/Gewalteskalation abgewendet?

Während den wöchentlichen Freitagsprotesten an der Grenze zu Israel wurden am 19.10.18 laut Angaben des Gesundheitsministeriums des Gazastreifens 130 Palästinenser durch den Beschuss von israelischen Sicherheitskräften verletzt. Israelischen Angaben zufolge nahmen diesmal etwa 10.000 Demonstrierende an den gewaltsamen Protesten teil. Dies wären vergleichsweise wenige, nachdem die Proteste in der Vergangenheit bis zu 30.000 Teilnehmende anlockten. Am 18.10.18 zerstörte eine Rakete aus dem Gazastreifen ein israelisches Wohnhaus in Be'er Sheva, während ägyptische Vermittler in Gaza an einer Entspannung der politischen Situation arbeiten sollten. Israel flog Angriffe auf Ziele im Gazastreifen. In einer untypischen Stellungnahme verurteilte die Hamas den Raketenabschuss aus ihrem Gebiet.

Jemen

Hungersnot

Die UN warnt, dass mehr als 12-13 Millionen Menschen eine Hungersnot droht. Dies wäre die schlimmste Hungersnot seit mehr als 100 Jahren.

Tote bei Luftangriff

Laut Medienberichten traf ein Luftangriff der saudi-arabisch geführten Koalition am 13.10.18 einen Bus, der Zivilisten im Gouvernement Hodeida transportierte. Mindestens ein Dutzend Menschen wurden getötet und noch mehr verletzt.

Neuer Premierminister

Am 15.10.18 entließ Präsident Hadi den Premierminister Ahmed bin Dagher wegen der nationalen Wirtschaftskrise. Sein Nachfolger, Maeen Abdulmalek Saeed, wurde am 18.10.18 vereidigt.

Komoren

Armee erlangt Kontrolle über Rebellenhochburg zurück

Das Militär der Komoren hat Regierungsangaben zufolge nach tagelangem Rebellenwiderstand am 20.10.18 die Kontrolle über die Altstadt von Mutsamudu auf der Insel Anjouan zurückerlangt. Gegner von Präsident Azali Assoumani hatten seit 15.10.18 in den Gassen der Altstadt gegen Soldaten gekämpft. Mindestens drei Menschen kamen dabei ums Leben. Innenminister Mohamed Abdou erklärte auf einer Pressekonferenz am 21.10.18, dass Anjouans Gouverneur Abdou Salami Abdou unter Hausarrest gestellt worden sei, da er die Rebellion angezettelt und Waffen und Geld an die Aufständischen verteilt habe. Die politische Lage ist seit dem Verfassungsreferendum vom 30.07.18 angespannt. Dieses ermächtigt Präsident Assoumani, der von der größten Insel Grande Comore stammt, nicht nur ein Mandat von fünf Jahren, sondern zwei aufeinanderfolgende Mandate auszuüben. Seit 2001 galt, dass die Staatsführung alle fünf Jahre von einem anderen Repräsentanten der drei großen Komoren-Inseln Grande Comore, Anjouan und Mohéli übernommen werden müsse. Der nächste Präsident hätte nach dieser Regelung aus Anjouan kommen müssen. Verschärfend kam hinzu, dass Assoumani ankündigte, 2019 vorgezogene Wahlen durchzuführen, um im Falle eines Sieges, bis 2029 regieren zu können.

Libyen

Hoher Milizoffizier getötet

Ein hoher Offizier der Revolutionären Brigaden von Tripolis, einer der vier großen, Tripolis dominierenden Milizen, wurde am 16.10.18 erschossen. Die Umstände sind unklar. Bisher hat sich keine andere Miliz dazu bekannt. Es gibt Spekulationen über persönliche Motive. Ebenso wurden an einem Checkpoint am selben Tage zwei Mitglieder der Rada-Miliz (international auch Special Deterrence Forces, SDF) getötet. Ob eine Verbindung besteht, ist unklar. Befürchtungen, diese Vorfälle könnten zu einer neuen Eskalation führen, haben sich bisher nicht bewahrheitet.

Massengrab in Sirte

Am 21.10.18 wurde die Entdeckung weiterer 35 Leichen bekanntgegeben. Die Gesamtzahl der Opfer seit der Entdeckung des Massengrabs westlich von Sirte beläuft sich nunmehr auf 110 Personen. Sofern keine persönlichen Gegenstände mit den Toten zusammen beerdigt wurden, werden DNA-Tests durchgeführt werden.

Malediven

Wahlniederlage bestätigt

Das Oberste Gericht der Malediven hat die Wahlniederlage von Staatschef Abdulla Yameen bei der Präsidentschaftswahl bestätigt. Die fünf Richter befanden am 21.10.18 einstimmig, Yameen habe nicht beweisen können, dass die Wahl manipuliert worden sei. Bei der Wahl im September hatte überraschend der Oppositi-

onskandidat Ibrahim Mohamed Solih mit 58,4 % der Stimmen gewonnen. Alle aussichtsreichen Konkurrenten des autoritär regierenden Yameen saßen bei der Wahl im Gefängnis oder mussten vorher das Land verlassen. Der bislang relativ unbekannte Solih war als Kandidat der Maledivischen Demokratischen Partei (MDP) von Ex-Staatschef Mohamed Nasheed ins Rennen gegangen und wurde von allen Oppositionsparteien unterstützt.

Mali

11 Tote bei Angriff

Am 15.10.18 sollen bei einem Angriff im Dorf Telly (Region Mopti) elf Zivilisten getötet worden sein. Laut einem örtlichen Offiziellen sind die Täter unbekannte Bewaffnete. Näheres ist bisher ungeklärt.

Marokko/Spanien

Melilla: Grenzbefestigung gestürmt

Spanische Behörden bestätigten am 21.10.18, dass bis zu 200 Personen auf spanisches Territorium gelangten, nachdem sie gemeinsam den Grenzzaun stürmten. Dabei soll während der Aktion ein Mann an den Folgen eines Herzinfarkts ums Leben gekommen sein. 19 Personen mussten medizinisch behandelt werden, nachdem sie sich am Zaun verletzt hatten. Auch sechs der Sicherheitskräfte zogen sich leichte Verletzungen zu. Die Grenze zwischen Marokko und der spanischen Enklave ist durch einen doppelten, über sechs Meter hohen und mit Stacheldraht versehenem Zaun befestigt. 2018 gelangten über Melilla bislang etwa 4.000 Menschen auf spanisches Territorium, über den Seeweg über 48.800.

Nigeria

Tote bei Kämpfen zwischen christlichen Adara und muslimischen Hausa

Am 18.10.18 wurden im nördlichen Bundesstaat Kaduna in der Stadt Kasuan Mangani (Kajuru Local Government Area) bei Kämpfen zwischen indigenen christlichen Adara und muslimischen Hausa-Migranten laut Polizeiangaben 55 Menschen getötet. Auslöser der Auseinandersetzungen soll auf dem Markt der Stadt ein Streit um eine Schubkarre gewesen sein. Zur Wiederherstellung der Ordnung wurde Sonderpolizei in das Gebiet von Kasuwan Magani verlegt und noch am selben Tag eine Ausgangssperre verhängt. Die Polizei verhaftete 22 Personen.

Aufgrund von Gerüchten über Unruhen in der Stadt Kaduna verhängte am Abend des 21.10.18 die Regierung von Kaduna eine 24-stündige Ausgangssperre über die Hauptstadt Kaduna und deren Umgebung.

IPOB-Anführer Kanu aufgetaucht

Am 19.10.18 erschienen in den sozialen Medien Fotos von Nmandi Kanu, Anführer der in Nigeria verbotenen Biafra-Separatistenorganisation IPOB, die ihn beim Beten an der Klagemauer in Jerusalem zeigten. Kanus Aufenthaltsort war seit dem 14.09.17 unbekannt gewesen. Damals hatten Soldaten das Anwesen seiner Eltern in Umuahia, Bundesstaat Abia, gestürmt. Am 21.10.18 gab Kanu ein Radio Biafra Interview, in dem er ankündigte, dass er nach Nigeria zurückkehren und den Kampf für die Unabhängigkeit Biafras fortsetzen wolle.

Pakistan

Hinrichtungen

Laut einem Bericht der NGO Justice Project Pakistan sind seit der Aufhebung des Moratoriums hinsichtlich der Todesstrafe im Dezember 2014 bisher 496 Menschen hingerichtet worden. 4.688 zum Tode Verurteilte Personen sind in sog. Todestrakten inhaftiert.

Russische Föderation/Ukraine

Russland-Ukraine-Konflikt: Eigenständigkeit der ukrainisch-orthodoxen Kirche

Am 11.10.2018 hat das Oberhaupt des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel einer Eigenständigkeit der ukrainisch-orthodoxen Kirche zugestimmt. Daraufhin brach die russisch-orthodoxe Kirche, der bislang die orthodoxen Kirchen in der Ukraine unterstanden, am 15.10.2018 den Kontakt zum Patriarchat von Konstantinopel ab. In den darauffolgenden Tagen folgten die orthodoxen Kirchen von Weißrussland, Kasachstan, Tadschikistan und Kirgistan dem Beispiel der russisch-orthodoxen Kirche und beendeten ihre Beziehungen zum Patriarchat von Konstantinopel.

Der Vorsteher der russisch-orthodoxen Kirche, Patriarch Kyrill I., gilt als Unterstützer der Politik Russlands. Über seinen Sprecher ließ der russische Präsident erklären, dass man die Interessen orthodoxer Gläubiger in der Ukraine schützen werde, falls religiöse Auseinandersetzungen über legale Konfrontationen hinausgehen würden.

Somalia

60 Tote nach Luftangriff

Bei einem Luftangriff gegen al-Shabaab am 16.10.18 tötete das US-Militär eigenen Angaben zufolge 60 Kämpfer. Zivilisten seien bei dem Angriff nahe Harardhere (Region Mudug) nicht ums Leben gekommen. Es handelte sich um den größten Luftangriff seit November 2017 gegen die Terrorgruppe.

Syrien

Entführungen durch den IS

Obwohl der IS in den meisten Teilen Syriens auf dem Rückzug ist, soll er am 13.10.18 nach Angaben der oppositionsnahen Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte mindestens 130 Familien aus einem Flüchtlingslager in der Provinz Deir ez-Zor (Osten) entführt haben. Die Islamisten hätten das Lager, in dem überwiegend Frauen lebten, überfallen und sie in ein vom IS kontrolliertes Gebiet östlich des Flusses Euphrat gebracht. Es wurde auch berichtet, dass der IS in der Nacht zum 20.10.18 sechs von insgesamt 27 bereits im Juli 2018 in der südsyrischen Provinz Suweida entführten Drusen, freigelassen habe. Die 21 verbliebenen Geiseln sollen in den kommenden Tagen ebenfalls freigelassen werden. Im Gegenzug habe die Regierung Gefangene entlassen und Lösegeld gezahlt.

Türkei

Suspendierungen

Das Innenministerium hat nach Medienberichten vergangene Woche 259 Gemeindevorsteher (103 Dorfvorsteher und 156 Bezirksvorsteher) suspendiert. Ihnen werde Mitgliedschaft in oder Verbindung zu Terrororganisationen vorgeworfen.

Venezuela

Rückkehrplan – wenig Resonanz

Der von Seiten der venezolanischen Regierung angestoßene Plan „Vuelta a la Patria“ („Kehre zurück ins Vaterland“, eine Anspielung auf ein sehr bekanntes Werk des venezolanischen Dichters Juan Antonio Pérez Bonalde), der eine Art Rückkehrförderung für emigrierte Venezolaner beinhaltet und so die Massenemigration beenden soll, ist bisher (Stand 13.10.18) lediglich von etwa 8000 Venezolanern angenommen worden. Demgegenüber ist keine Abnahme der Massenemigration zu verzeichnen.

Vietnam

Bloggerin aus Haft ins Exil

Die Bloggerin Nguyen Ngoc Nhu Quynh wurde am 17.10.18 vorzeitig aus der Haft entlassen und musste am selben Tag in die USA ins Exil ausreisen. Die auch unter dem Pseudonym Me Nam („Mutter Pilz“) bekannte Bloggerin war im Oktober 2016 verhaftet und im Juni 2017 wegen Propaganda gegen den Staat zu zehn Jahren Haft verurteilt worden.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing-Notes
informationsvermittlungsstelle@bamf.bund.de